



Gemeinsame Pressemitteilung

Förderreglemente zur Renovierung von Altbauten: Haushalte mit weniger Einkommen nicht vergessen! Alternative: Energieeffizienz und Klimaschutz auch sozial ermöglichen!

Mitte September hat der Nachhaltigkeitsminister das überarbeitete Reglement betreffend die staatlichen Förderprogramme zur Renovierung von Altbauten und energetisch optimierten Neubauten vorgelegt.

Die staatliche Förderung ist grundsätzlich sinnvoll, erlaubt sie doch die Erhaltung / Schaffung von Arbeitsplätzen mit dem Klima- und Umweltschutz zu verknüpfen und gleichzeitig verbesserte Wohnbedingungen mit einer deutlichen Kosteneinsparung (geringerer Energieverbrauch) zu erreichen.

Nach Ansicht der Arbeitnehmerkammer sowie des Mouvement Ecologique besteht aber vor allem in einem Punkt ein erheblicher Nachholbedarf: auch und gerade Haushalte mit geringem Einkommen müssen in den Genuss dieser Vorteile kommen können.

Dies ist von zentraler Bedeutung, denn gerade Haushalte, die über weniger Einkommen verfügen, dürften am stärksten unter den steigenden Energiepreisen zu leiden haben : sie sind es, die demnach besonders auf die staatliche Unterstützung angewiesen sind, um durch eine Sanierung u.a. einen niedrigeren Energieverbrauch zu erreichen. Arbeitnehmerkammer und Mouvement Ecologique richten einen dringenden Appell an die Regierung sowie die politischen Parteien im Allgemeinen sowie an den Finanz- sowie den Nachhaltigkeitsminister im Besonderen, das Reglement in diesem Zusammenhang nachzubessern.

Denn Fakt ist: Auch wenn seitens des Staates eine begrüßenswerte Unterstützung gewährt wird, müssen die Ausgaben für eine energetische Sanierung vom Einzelnen *vorfinanziert* werden. Dieser Vorfinanzierungsbedarf kann für Haushalte mit weniger Einkommen eine sehr große, sogar unüberwindbare Hürde darstellen. Dies weil – in Erwartung der staatlichen Hilfe, sei es für Neubauten, Altbausanierung oder Erwerb von Installationen die auf erneuerbare Energien zurückgreifen– ein Bankdarlehen in der *Gesamthöhe* der Kosten aufgenommen werden muss, das für manche eine unüberwindbare Hürde darstellen könnte.





Der Staat müsste also unserer Meinung nach – in der Höhe der zugestandenen Unterstützung – Rechnungen direkt übernehmen die somit nicht integral von den Haushalten beglichen werden müssten. Somit wäre gewährleistet, dass die staatlichen Subventionen tatsächlich zielgerecht eingesetzt, und gleichzeitig Personen mit weniger Einkommen nicht ausgeschlossen werden.

Zusätzlich zu der Vorfinanzierung in Höhe der vorgesehenen Unterstützung, wäre folgende

Maßnahme ins Auge zu fassen:

Der Wohnungsbauminister hat mehrfach zugesichert, dass in Bälde Personen mit geringeren finanziellen Ressourcen in den Genuss eines "taux zéro" (Nullzins-Kredit) bei Darlehen kommen können. Mouvement Ecologique und Arbeitnehmerkammer begrüßen ausdrücklich die geplante Maßnahme. Dieses Instrument sollte jedoch ausgeweitet werden, indem der Staat zusätzlich die Bürgschaft für den Kredit (in der Höhe der staatlichen Förderung) übernimmt. Diese staatliche Bürgschaft würde somit die Gewährung eines Bankdarlehens auf unbürokratische Art und Weise erleichtern. Es gibt andere Bereiche, in denen sich derartige Staatsbürgschaften als sinnvoll und machbar erwiesen haben. Natürlich wäre die Genehmigung dieser garantierten Bürgschaft an den Energiepass und die damit verbundenen Auflagen verbunden.

Nach Ansicht von Arbeitnehmerkammer und Mouvement Ecologique ist es gerade in Krisenzeiten von herausragender Bedeutung, konkrete Schritte im Sinne finanzschwacher Haushalte in die Wege zu leiten. Diese sind umso wichtiger, wenn sie wie im vorliegenden Fall weniger mit reellen

Mehrausgaben für das Staatsbudget verbunden sind, und einen direkten Vorteil für Arbeitsplätze und

Klimaschutz bringen.

Angesichts der Tatsache, dass die Umsetzung mit recht geringem Aufwand machbar wäre, erwarten Mouvement Ecologique und Arbeitnehmerkammer, dass diese Abänderung am vorliegenden Reglementsentwurf kurzfristig umgesetzt wird.

*Chambre des Salariés
Mouvement Ecologique*

Luxembourg, le 25.Oktobor 2012

communiqué N°19bis

